



Berufungsentscheidung

Der unabhängige Finanzsenat hat über die Berufung des A.L., gegen die Bescheide des Finanzamtes A vom 24. April 2006, St.Nr. x, betreffend Gebühren und Erhöhung entschieden:

Die Berufung wird als unbegründet abgewiesen.

Die angefochtenen Bescheide bleiben unverändert.

Entscheidungsgründe

Mit Eingabe vom 9. September 2004, beim Verwaltungsgerichtshof eingelangt am 10. September 2004, erhob der Berufungswerber (Bw.) zur Zahl y namens des Beschwerdeführers (Bf.), T.L., beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde gegen den Bescheid des Unabhängigen Verwaltungssenates Z vom 8.7.2004, Zl. xxxx.

Mit Schreiben vom 26. Jänner 2005 wurde der Beschwerdeführer (Bf.), T.L., aufgefordert, die Gebühr gemäß § 24 Abs. 3 VwGG in Höhe von 180 Euro binnen einer Woche durch Bareinzahlung mittels Erlagschein bei einem Postamt oder Kreditinstitut auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren und Verkehrsteuern zu entrichten und dem Verwaltungsgerichtshof unter Angabe der Geschäftszahl das Original des Einzahlungsbeleges zu übermitteln.

Weiters wurde darauf hingewiesen, dass im Falle der Nichtentsprechung dieser Aufforderung dem Finanzamt Mitteilung gemacht werden müsste, welches die Gebühr kostenpflichtig einbringe.

Da der Bf. dieser Aufforderung nicht nachgekommen war, setzte das Finanzamt mit den berufungsgegenständlichen Bescheiden die Eingabengebühr gemäß § 24 Abs. 3 VwGG in

Höhe von 180 Euro sowie die Gebührenerhöhung gemäß § 9 Abs. 1 Gebührengesetz 1957 (GebG) im Ausmaß von 50% der nicht entrichteten Gebühr in Höhe von 90 Euro fest.

Die Vorschreibung erfolgte an den Rechtsvertreter, welcher die Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht hat.

Fristgerecht wurde Berufung eingebracht, welche mit Berufungsvorentscheidung vom 29. Mai 2006 als unbegründet abgewiesen wurde. Eingewendet wurde im Wesentlichen, dass der Bw. als bevollmächtigter Rechtsanwalt und Vertreter des Herrn T.L. aufgetreten sei. Die Gebühr sei daher nicht gegen ihn sondern gegen den Mandanten festgesetzt worden, sodass es abwegig sei, den Bw. als "Gebührenschnldner" zu benennen. Diese Handhabung sei Willkür, ebenso wie die Erhöhung willkürlich sei, weil auch die Grundgebühr unbegründet sei. Eine dem entgegen stehende Vorschrift werde "nicht anerkannt".

Mit Schriftsatz vom 14. Juni 2006 wurde der Antrag auf Entscheidung über die Berufung durch die Abgabenbehörde zweiter Instanz gestellt.

Die Berufung wendet sich gegen die Vorschreibung der Gebühr an den Rechtsvertreter.

Ergänzend wird vorgebracht, die Berufung vom 24. Mai 2006 sei in der Berufungsvorentscheidung fälschlich als "meine Berufung" bezeichnet worden, obwohl der Bw. ausdrücklich darauf hingewiesen hätte, als bevollmächtigter Rechtsanwalt und Vertreter seines Mandanten, Herrn T.L. , aufzutreten.

Die Rubrik "vertreten durch" sei einfach gestrichen worden, statt den Bw. als Vertreter zu benennen.

Die Berufungsvorentscheidung vom 29.5.2006 sei eine Urkunde, die somit falsch sei, was wohl kaum mit dem Hinweis auf die ohnehin abzulehnende Vorschrift des §13 Abs.3 GebG gerechtfertigt werden könne.

Im Übrigen ersuche der Bw. um Mitteilung, nach welchem Abkommen zwischen Deutschland und Österreich derartige Handhabungen auch in Deutschland anerkannt würden sowie um Vorlage an den internationalen Gerichtshof.

Über die Berufung wurde erwogen:

Vorweg ist zu sagen, dass sich der bekämpfte Bescheid an "Herrn AL" – als Gebührenschnldner – richtet. Folgerichtig hat der Bw. auch im eigenen Namen und nicht im Namen seines Mandanten Berufung eingelegt: "*Gegen die obigen Bescheide lege ich Berufung ein.*" Demzufolge wurde der Spruch in der Berufungsvorentscheidung korrekt formuliert.

Unstrittig ist in gegenständlichem Fall, dass der Berufungswerber in seiner Eigenschaft als berufsmäßiger Parteienvertreter Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht hat.

§24 Abs.3 Z1 lit.a VwGG in der Fassung des BGBl. I Nr. 89/2004 bestimmt, dass für Beschwerden, Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens und Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand eine Eingabengebühr von 180 Euro zu entrichten ist. Die Gebührenschuld entsteht im Fall der Z1 lit.a im Zeitpunkt der Überreichung der Eingabe.

Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszwecks durch Überweisung auf ein entsprechendes Konto des Finanzamtes für Gebühren und Verkehrsteuern in Wien zu entrichten. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen von einem Postamt oder einem Kreditinstitut bestätigten Zahlungsbeleg in Urschrift nachzuweisen. Dieser Beleg ist im Fall der Z1 lit.a der Eingabe anzuschließen. Für die Erhebung der Gebühr ist das Finanzamt für Gebühren und Verkehrsteuern in Wien in erster Instanz zuständig. Im Übrigen gelten für die Gebühr die Bestimmungen des Gebührengesetzes 1957, BGBl. Nr. 267, über Eingaben mit Ausnahme des § 11 Z 1 und des § 14 sowie die §§ 74, 203 und 241 Abs. 2 und 3 der Bundesabgabenordnung 1961, BGBl. Nr. 194.

Unter Überreichung einer Eingabe ist das Einlangen derselben beim Gerichtshof zu verstehen (VwGH vom 30. 4. 1999, 98/16/0130, vom 27. 5. 1999, 99/16/0118, und vom 5. 7. 1999, 99/16/0182).

Mit dem Einlangen der Beschwerde beim VwGH ist der gebührenpflichtige Tatbestand iSd § 24 Abs 3 VwGG erfüllt (VwGH vom 5. 7. 1999, 99/16/0182).

Gegenständliche Beschwerde ist am 10. September 2004 beim Verwaltungsgerichtshof eingelangt. Somit ist die Gebührenschuld am 10. September 2004 entstanden.

Gemäß §13 Abs.1 Z1 GebG ist bei Eingaben, deren Beilagen und den die Eingaben vertretenden Protokollen sowie sonstigen gebührenpflichtigen Protokollen zur Entrichtung der Stempelgebühren derjenige verpflichtet, in dessen Interesse die Eingabe eingebracht oder das Protokoll verfasst wird.

Gemäß Abs.3 leg. cit. ist mit den im Abs.1 genannten Personen zur Entrichtung der Stempelgebühren zur ungeteilten Hand verpflichtet, wer im Namen eines anderen eine Eingabe oder Beilage überreicht oder eine gebührenpflichtige amtliche Ausfertigung oder ein Protokoll oder eine Amtshandlung veranlasst.

Nach dieser Bestimmung des §13 Abs.3 GebG wird derjenige zum Gesamtschuldner mit den im Abs.1 der Gesetzesstelle genannten Personen, der im Namen des Antragstellers entweder eine Eingabe - allenfalls mit Beilagen - überreicht, eine gebührenpflichtige amtliche Ausfertigung oder die Abfassung bzw. Ausfertigung eines Protokolls "veranlasst", also bewirkt.

Durch die Normierung eines Gesamtschuldverhältnisses soll verhindert werden, dass die als Antragsteller aufscheinende Person später die Gebührenpflicht dadurch erfolgreich verneinen könnte, dass sie bestreitet, dass die Schrift in ihrem Auftrag überreicht worden ist.

Liegen Gesamtschuldverhältnisse vor, so liegt es im Auswahlermessen der Behörde, welchen der Gesamtschuldner sie für die Gebührenschuld heranzieht. Dies liegt im Wesen eines Gesamtschuldverhältnisses (§ 891 ABGB), nach dem es vom Gläubiger abhängt, ob er von allen oder von einigen Mitschuldnern das Ganze oder nach von ihm gewählten Anteilen, oder ob er das Ganze von einem einzigen fordern will. Über eine Vorrangigkeit eines der in Betracht kommenden Abgabenschuldner kann dem Gesetz nichts entnommen werden (vgl. die hg. Erkenntnisse vom 7. Oktober 1993, Zl. 93/16/0018, und vom 2. Juli 1998, Zl. 98/16/0137)."

§13 Abs. 3 GebG ordnet ohne weitere Unterscheidung die gesamtschuldnerische Gebührenpflicht für alle an, die in offener Stellvertretung handeln. Lege non distinguente ist daher nicht zwischen berufsmäßigen Parteienvertretern und anderen Vertretern zu unterscheiden.

Die in §9 Abs.2 BAO normierte reduzierte Ausfallhaftung betreffend Notare, Rechtsanwälte und Wirtschaftstreuhänder für Handlungen "in Ausübung ihres Berufes bei der Beratung in Abgabensachen" hindert die in §13 Abs. 3 GebG normierte gesamtschuldnerische Haftung für in anderen Angelegenheiten als Vertreter verwirklichte Stempelgebührentatbestände nicht (vgl. Kommentar Fellner, Stempel- und Rechtsgebühren, Rzn 16 und 17 zu §13 GebG sowie die umfangreich zitierte Judikatur).

Gegen §13 Abs. 3 GebG bestehen keine Bedenken (Ablehnungsbeschluss des Verfassungsgerichtshofes vom 26. September 2000, B 1257/00, vgl. Kommentar Fellner, Stempel- und Rechtsgebühren, Rz 16 zu §13 GebG).

Die Vorschrift des §13 Abs.3 GebG gehört aufrecht dem Rechtsbestand an, auch wenn sie der Bw. "ablehnt".

Wird eine Gebühr, die nicht vorschriftsmäßig entrichtet wurde, mit Bescheid festgesetzt, so ist eine Gebührenerhöhung im Ausmaß von 50 vH der verkürzten Gebühr zu erheben (§ 9 Abs. 1 GebG 1957 idF des BGBl. I Nr. 92/1999). Ermessen besteht hier bei keines. Die Gebührenerhöhung ist unabhängig davon zu erheben, ob die Nichtentrichtung auf ein Verschulden des Abgabepflichtigen zurückzuführen ist oder nicht (VwGH 16. 3. 1987, 86/15/0114).

Da die Vorschreibung der Gebühr nach § 24 Abs. 3 VwGG zu Recht erfolgte, war die Gebührenerhöhung gemäß § 9 Abs. 1 GebG im Ausmaß von 50 v.H. der verkürzten Gebühr als zwingende Rechtsfolge vorzuschreiben.

Hinsichtlich eines "Abkommens zwischen Deutschland und Österreich" ist zu sagen, dass der Bw. (in seiner Eigenschaft als Parteienvertreter) in Österreich einen abgabepflichtigen Tatbestand verwirklicht hat, was für eine Steuerfestsetzung ausreichend ist.

Hinsichtlich des Antrages "um Vorlage an den internationalen Gerichtshof" ist zu sagen, dass eine solche Vorlageberechtigung für den UFS nicht besteht.

Die Berufung gegen die Festsetzung von Gebühr und Erhöhung ist daher nach dem oben Gesagten als unbegründet abzuweisen.

Wien, am 10. August 2006